



Neustart für die Prävention

Die 26. Landesgesundheitskonferenz Nordrhein-Westfalen hat im November eine übergreifende „Landesinitiative für Prävention und Gesundheitsförderung“ und die Fortschreibung des Landespräventionskonzeptes beschlossen.

von Sabine Schindler-Marlow

Deutschlands Bevölkerung altert rasant. Laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung hat Deutschland in Europa die älteste Bevölkerung, weltweit hinter Japan die zweitälteste Bevölkerung. Auch als Folgen der steigenden Lebenserwartung hat sich das Krankheitsspektrum in den vergangenen 50 Jahren in Deutschland erheblich gewandelt, viele chronische Krankheiten und die Multimorbidität haben zugenommen. Statt Infektionserkrankungen dominieren heute nicht übertragbare chronische Krankheiten wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Prävention ein Leben lang

Schon in jungen Lebensjahren werden die Grundlagen für Gesundheit und Wohlbefinden gelegt. Gesundheitsförderung und Prävention sollten daher idealerweise schon im Kindesalter beginnen. Aber auch in späteren Jahren, zum Beispiel der Pubertät, der Familienphase oder dem Berufsleben und im Alter, kann gut gemachte Prävention Krankheiten vermeiden helfen, ihren Eintritt hinauszögern oder ihre Auswirkungen begrenzen. Damit Menschen auch im Alter noch mobil und möglichst gesund durch das Leben gehen können.

Fotos:
Steve Dabonport/istockphoto (linkes Bild)
Milan Marjanovic/istockphoto (rechtes Bild)



kungen, Krebs, chronische Atemwegserkrankungen und psychische Störungen das Krankheitsgeschehen.

Nicht übertragbare Krankheiten werden durch lebensstilbedingte Faktoren wie unausgewogene Ernährung, Bewegungsmangel, Tabakkonsum und Alkoholmissbrauch begünstigt. Aber auch gesellschaftliche und umweltbedingte Belastungen haben Einfluss auf die Entwicklung der „neuen Morbidität“.

Grund genug für die Landesgesundheitskonferenz, sich in der Entschließung von 2017 mit den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft und der damit assoziierten Zunahme chronischer Erkrankungen und deren Vermeidung zu beschäftigen. Die Neuausrichtung der Entschließung trägt vor allem der Erkenntnis Rechnung, dass Gesundheitsförderung und Prävention gesamtgesellschaftliche Aufgaben darstellen. Ziel der Initiative, so ist es in der Einleitung der Entschließung nachzulesen, „so viele verantwortlich Beteiligte wie möglich zusammenzubringen und ein möglichst abgestimmtes, koordiniertes Zusammenwirken von Maßnahmen, effizientem Mitteleinsatz und effektiven Regularien zu gewährleisten“.

Gesundheitsförderung in Lebenswelten

Statt der bisher parallel arbeitenden „Landesinitiativen“ mit eigenen Lenkungs- und Arbeitsstrukturen wird eine übergreifende Landesinitiative „Gesundheitsförderung und Prävention“ eingerichtet, heißt es in der Entschließung der 26. Landesgesundheitskonferenz weiter. Das Lenkungsgremium der neuen Initiative soll insbesondere folgende Aufgaben übernehmen:

- Entwicklung von Leitlinien und Qualitätsstandards für Maßnahmen im Rahmen der Landesinitiative,
- Priorisierung von Maßnahmen und deren Umsetzungszeiträumen,
- Initiierung von Innovationen (Themen, Methoden, Medien, in der Praxis),
- Ansprache potentieller neuer Akteurinnen und Akteure und ihre Einbindung in die Landesinitiative,
- Begleitung und Unterstützung bestehender (in der Regel temporärer oder Ad-hoc-) Arbeitsgruppen,
- Vernetzung und Koordination,
- Informationsvermittlung und Gewährleistung von Transparenz der Landesinitiative durch Öffentlichkeitsarbeit sowie
- Entwicklung von Routinen des Austausches mit der Landesgesundheitskonferenz, den Kommunalen Gesundheitskonferenzen und den Gremien bestehender weiterer Maßnahmen mit Bezug zu Gesundheitsthemen.

Sogenannte Dialog- und Transfer-Foren „sollen Transparenz schaffen, den Austausch zwischen den Akteuren fördern und die Kontaktflächen der Landesinitiative Gesundheitsförderung und Prävention ausweiten. Die Foren zielen darauf ab, dem heterogenen Flächenland Nordrhein-Westfalen mit seiner Vielfalt von Zielgruppen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen und gesundheitsförderlichen Anliegen gerecht zu werden. Sie

ermöglichen breite Teilhabe und differenzierte inhaltliche Diskussion und tragen dazu bei, das Landespräventionskonzept beziehungsweise die Landesinitiative Gesundheitsförderung und Prävention kontinuierlich weiterzuentwickeln“, heißt es in der Entschließung.

Prävention und Arbeitsschutz enger verzahnen

„Gesundheitsförderung und Prävention müssen ‚vor Ort‘ stattfinden, da, wo wir die Menschen erreichen, wo sie leben und arbeiten und wo die Rahmenbedingungen für ein gesundheitsförderliches Leben und Arbeiten gesetzt werden“, erläuterte der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann den Hintergrund zur Entschließung aus seinem Ministerium. „Das gilt vor allem für Menschen in schwierigen Lebenslagen.“ Vor dem Hintergrund hoher Krankenzustände, einer wachsenden Zahl chronischer Erkrankungen, langanhaltender Pflegebedürftigkeit sei Prävention aus seiner Sicht schon lange kein „Nebenbei-Thema“ mehr. Er setze auf die gute und lange Tradition der Landesgesundheitskonferenz, große Themen auch gemeinsam anzugehen und zu guten Ergebnissen zu kommen.

Laumann hob auch das Anliegen hervor, Prävention und Arbeitsschutz zukünftig besser miteinander zu kombinieren. Angesichts eines mittlerweile deutlich gestiegenen Rentenalters müsse man sich damit befassen, wie die Menschen gesund und lange genug leistungsfähig bleiben. Häufig sei eine hohe Krankheitsquote bei Berufstätigen die Folge permanenter Überforderung. Gerade psychische Erkrankungen hätten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen und seien immer häufiger ein Grund für Krankschreibungen, Krankengeldzahlungen und Frühberentungen.

Prävention an prioritären Gesundheitszielen ausrichten

Mit ihrer Entschließung beabsichtigt die LGK NRW, Kooperationen in der Gesundheitsförderung und der Prävention auszubauen. Gleichzeitig sollen bestehende Angebote und durch das Präventionsgesetz neu entstandene Strukturen besser aufeinander abgestimmt werden. Zu den besonderen Themenschwerpunkten gehört, eine gesunde Ernährung zu fördern, für ausreichende Bewegung zu sorgen, die psychische Gesundheit der Menschen zu unterstützen, missbräuchlichen Konsum zu verringern und den Einstieg in Sucht zu verhindern. Ebenso stehen Unfallvermeidung, Schutz vor Infektionen und Förderung von Impfungen auf der Agenda.

Für ihre Entschließung 2018 einigte sich die LGK auf das Thema „Demenz“. Hier bestehe ein großer Handlungsbedarf und gerade in Nordrhein-Westfalen sei die Lage in verschiedenen Bereichen nicht zufriedenstellend, begründete der Landesgesundheitsminister abschließend.

Die Entschließungstexte und weitere Informationen sind abrufbar unter: www.mags.nrw/landesgesundheitskonferenz RA